











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Bundesregierung und Regierungskoalition bleiben weiterhin in der Frage zur Tabakwerbung gespalten . Eindeutige Mehrheiten sind nicht auszumachen. Die Union will sich erst im November mit der Tabakwerbung befassen. Die Verzögerung erhöht den Handlungsdruck, was Entscheidungen in geschlossenen Zirkeln bewirken kann. Diese sind schwerlich einzusehen. Kurz vor dem wichtigen Wahljahr 2017 wollen die Politiker kritische Entscheidungen und Berichterstattung vermeiden.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Opposition agiert unauffällig. Sie verzichtet derzeit auf eigene Impulse in der Debatte. Während die Grünen sich weiterhin nicht aktiv mit dem Issue befassen, wartet DIE LINKE mit ihrer Kleinen Anfrage ab.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Bundesländer befassen sich laut den vorliegenden Unterlagen aktuell nicht mit der Tabakgesetzgebung.	
Verwaltung	BMEL und BMG bleiben skeptisch ggü. der E-Zigarette eingestellt. Seitens Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt ist bislang keine Abkehr vom Regulierungskurs erkennbar. Das BMWi setzt derzeit keine eigenen Impulse. Es muss seinen Fokus auf andere Sachthemen richten (Iran, Tengelmann, Deutsche Bank). Zudem legen EU-Staaten mit Verschärfungen bei der E-Zigarettenregulierung nach.	
Fachcommunity	Trend verschlechtert sich: Die Berichterstattung aus der Fachcommunity fällt getrübt aus. Forderungen nach Nichtraucherschutz und Luftreinhaltung sowie die Befassung mit den Risiken des Passivrauchens bei E-Zigaretten befeuern das negative Grundrauschen. Abwägende Äußerungen von NGOs erscheinen zwar auf den ersten Blick positiv, jedoch ist die langfristige Positionierung zur E-Zigarette noch unsicher.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Siehe Punkt 2.2.

2.2. Bundestag

Datum: 30.09.2016, 29.09.2016

Meldung: Die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (MdB, CSU), fordert eine zügige Einführung eines Tabakwerbeverbots in Deutschland. Sie setze sich weiter dafür ein, dass das ÄndG TabakerzG im Bundestag auf die Tagesordnung kommt und noch in diesem Jahr beschlossen wird, so Mortler. Sie findet Unterstützung bei Maria Michalk (gesundheitpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, CDU) sowie den Bundesministern Christian Schmidt (Landwirtschaft, MdB, CSU) und Hermann Gröhe (Gesundheit, MdB, CDU). Der wirtschaftspolitische Flügel und Kommunalexperthen der Unionsfraktion um Fraktionschef Volker Kauder

(CDU) stellen sich weiterhin gegen das geplante Verbot. **Aus der Fraktionsführung heißt es, dass die Unionsfraktion erst im November über das weitere Vorgehen zum Tabakwerbeverbot intern abstimmen werde.** Kauder wäre am liebsten, wenn der Entwurf gar nicht im Bundestag zur Abstimmung käme. Ein Gespräch zwischen Bundesminister Schmidt und Verbraucher- und Landwirtschaftspolitikern der Regierungsfaktionen ergab ebenso keine Lösung wie ein Einigungsversuch in der Unions-Fraktionsspitze.

Teile der SPD sind für eine Werberegulierung. „Es besteht die Gefahr, dass der Gesetzentwurf in dieser Legislaturperiode gänzlich im Sande verläuft“, so der tabakpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Spiering. Der Wirtschaftsflügel der SPD-Fraktion sieht das Verbot eher kritisch.

Gerüchte, dass eine Anhörung zum ÄndG TabakerzG ersatzlos gestrichen sei, konnten nicht bestätigt werden. **Laut dem Landwirtschaftsausschuss ist die Anhörung auf Eis gelegt.** Sie werde relevant, wenn sich der Bundestag mit dem Gesetzentwurf beschäftige. Ein Verzicht durch die (Regierungs-)Fraktionen sei jedoch möglich. Die „Deutsche Krebshilfe“ ruft die Bundesregierung derweil zum Handeln auf.

Einordnung/Empfehlung: Regierung und Koalitionsfraktionen stehen unter Handlungsdruck. Kabinett wie Fraktionen sind gespalten. Eine dreifache Friktion zwischen a) Union vs. SPD, b) CDU vs. CSU, c) Wirtschaft- vs. Gesundheitsflügel erschwert die Lösungsfindung. Die Flügelkämpfe und der Entscheid der Union zur Verschiebung der Klärung in den November verlangsamen den Gesetzgebungsprozess und verengen das Zeitfenster. Das kann zu geschlossenen, koalitionsinternen Absprachen führen. Dies erschwert Impulse von außen. Insbesondere wenn die Anhörung als Multiplikator wegfällt, die auch neue Argumente der Gegenseite offenlegt. Empfehlung: Absprache mit MdB Tempel (DIE LINKE), die Kleine Anfrage auf die aktuelle Situation anzupassen. Behandlung des Issues bei den geplanten Veranstaltungen mit MdBs und Referenten der Bundesländer. Weitere Beobachtung und bedarfsweise Versand eines Info-Papers zu Werbeverboten, inkl. Lösungsvorschläge.

Quelle: noz.de , morgenpost.de , berliner-zeitung.de , Spiegel 40/2016, Hintergrundgespräch

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Der Bundesrat befasst sich laut den vorliegenden Unterlagen derzeit nicht mit der Tabakgesetzgebung.

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 05.10.2016

Meldung: Die ungarische Regierung hat ein Gesetz ins Parlament eingebracht, das die E-Zigarette weiter reguliert. Der Entwurf sieht den Verkauf in lizenzierten Shops vor – laut Medien daher nur in den staatlichen Verkaufsstellen. Ungarn will nach Medienangaben Tabakwaren mit Geschmacksstoffen verbieten und sog. „Plain Packs“ einführen, die [Irland](#) gerade beschlossen hat. Ein neues Dekret fordert zudem von E-Zigarettenhändler [extra Abgaben](#).

Einordnung/Empfehlung: Je mehr EU-Staaten über TPD2 hinausgehende Regelungen treffen, desto schwieriger wird Argumentation nach einer eins zu eins-Umsetzung in Deutschland. Dies erhöht das Risiko nach allgemein strikteren Regelungen in Europa. Emp-

fehlung: Weiterer Einsatz in Deutschland gegen sog. „Goldplating“ und Betonung von Positivbeispielen pragmatischer Ansätze wie z.B. in UK.

Quelle: bj.hu

Datum: 03.10.2016, 22.09.2016

Meldung: Das Schweizer Medium „20Minuten“ zitiert die Sprecherin des „Bundesamtes für Gesundheit“ (BAG), Simone Buchmann, zur Bedeutung der E-Zigarette beim Rauchstopp. Das BAG nehme den Trend wahr, dass die E-Zigarette hier eine immer größere Rolle einnehme. „E-Zigaretten sind 95 Prozent weniger schädlich als Zigaretten. [...] Wichtig ist, dass die Betroffenen vollständig auf E-Zigaretten umsteigen.“, so Buchmann. Jedoch warnt das BAG in einem aktuellen Paper u.a. vor der Möglichkeit des Gateway-Effekts, Risiken beim Passivrauchen, Renormalisierung des Rauchens und noch unbekanntes Gesundheitsgefahren. Die Handlungsempfehlungen des BAG ähneln den Regulierungen in Deutschland.

Einordnung/Empfehlung: Die Behörde erscheint zwiesgespalten. Positiv ist die Honorierung der Rolle der E-Zigarette beim Tabakstopp. Ähnlich wie in anderen Staaten bergen die Anmerkungen zum Passivrauch ein Risiko, dass auch deutsche Stakeholder und Kritiker sich dem Thema verstärkt annehmen. Es wird die weitere Beobachtung der Entwicklungen in der Schweiz – auch unter Wettbewerbsaspekten – empfohlen.

Quelle: 20min.ch , bag.admin.ch (Aktualisierung vom September)

Datum: 27.09.2016

Meldung: Die EU-Kommission berichtet in ihrem Magazin „Horizon“ über das Passivrauchen bei E-Zigaretten. [Dr. Esteve Fernández](#) (Universität Barcelona) führt aktuell die EU-geförderte Untersuchung „[TakSHS](#)“ zu Passivrauch– inklusive der Exposition beim Nachfüllen – durch. Für die bis November 2019 laufende Studie werden Interviews in 12 EU-Staaten durchgeführt. Sie soll die E-Zigarettenregulierung konkret unterstützen. Fernández äußert sich abwägend und verweist auf auftretende Karzinogene bei nikotinhaltigen Liquids.

Das DKFZ behandelt die E-Zigarette in einem [Paper zum Passivrauchen](#) und warnt vor „Ab-lagerungen“ in Innenräumen. Es empfiehlt: „In Innenräumen sollte grundsätzlich nicht geraucht werden; auch E-Zigaretten sollten nicht in Innenräumen verwendet werden.“

Einordnung/Empfehlung: Die Forschung der EU-Kommission zeigt: Das Thema Nichtraucherschutz ist für die Politik relevant. Da auch NGOs immer wieder den Nichtraucherschutz bei E-Zigaretten anmahnen, gibt es hier ein realistisches Szenario weiterer Regulierungen. Die Untersuchung kann künftige Regelungen anschieben bzw. begründen helfen.

Das DKFZ zieht damit eine Analogie zu Tabak. Es liefert Kritikern einen weiteren Argumentationsansatz und hält so den Nichtraucherschutz als Regulierungshebel am Leben.

Es wird die weitere Beobachtung des EU-Projekts empfohlen; zudem die Vorbereitung auf eine Debatte um das Thema Passivrauchen bei E-Zigaretten.

Quelle: horizon-magazine.eu

Datum: 20.09.2016

Meldung: „Irish Cancer Society“ und „Irish Heart Foundation“ fordern die Erhöhung der Tabaksteuer um 50 Cent. Sie begründen die Forderung mit dem Absinken der Raucher- und Beginnerquote insbesondere bei Jugendlichen durch höhere Preise. Zudem plädieren sie für kostenfreie – nicht näher benannte – Nikotinersatztherapien (NET).

Einordnung/Empfehlung: Da viele Tabakgegner die E-Zigarette als Einstieg zum Tabakkonsum sehen, liegen nachfolgende Forderungen zur Besteuerung der E-Zigarette nahe. Die Forderung nach kostenfreien NETs rückt die E-Zigarette in den Kontext der Medizinprodukte. Denn Inhalatoren der Pharmabranche ähneln nicht nur im Aussehen den E-Zigaretten. Pharmafirmen versuchen immer wieder die Einstufung der E-Zigarette als Medizinprodukt.

Experten betrachten Nikotin per se nicht als schädlich. „Medizinisches Nikotin ist daher eine ungefährlichere Alternative zu Tabakerzeugnissen. Die Nikotinersatztherapie (in Form von Kaugummi oder Pflastern) steht seit 2009 auf der WHO-Liste der unentbehrlichen Arzneimittel.“, so der „Europäische Kodex zur Krebsbekämpfung“ der WHO.

Quelle: cancer.ie , dublinpeople.com , cancer.ie

2.5. Fachcommunity

Datum: 05.10.2016, 04.10.2016

Meldung: BAT hat eine Studie zur Schädlichkeit von E-Zigarettdampf publiziert. Laut Dr. Chris Proctor, Chief Scientific Officer von BAT, wurden in Zellversuchen nur bei extrem hoher Exposition zytotoxische Wirkungen beobachtet. Getestet wurde das BAT-Produkt „Vype“. Einer anderen BAT-Studie nach geben E-Zigaretten $\geq 92\%$ weniger Schadstoffe ab als Tabakzigaretten. BAT testete dafür Produkte von „Vype“ und andere.

Währenddessen stellten Forscher des „Karolinska Institutet“ (Universität Stockholm) Hinweise auf negative Auswirkungen der E-Zigarette auf Blutgefäße ähnlich wie bei Tabak fest.

Einordnung/Empfehlung: Zwar bestätigen die BAT-Untersuchungen Aussagen anderer Stellen (z.B. PHE), jedoch wird die Wirkung der Ergebnisse durch den Ruf der Tabakwirtschaft geschmälert. Eigene Studien der Tabakwirtschaft bzw. Auftragsstudien stehen bei skeptischen Stakeholdern allgemein in Verdacht, geschönt zu sein. Daher sind insbesondere Ergebnisse von Dritten, die in keinem direkten Zusammenhang zur (Tabak-)Wirtschaft stehen, oft geeignetere Absender. Es wird daher empfohlen, neutrale Experten mit Stakeholdern zusammenzubringen und ihre Ergebnisse in Umlauf zu bringen (z.B. via Blogs, Paper, Gespräche oder mit Einladungen zu Veranstaltungen)

Quelle: eurekaalert.org , eurekaalert.org , medicalresearch.com

Datum: 27.09.2016

Meldung: Das John Stuart Mill-Institut hat in Kooperation mit dem Institut für Demoskopie Allensbach den „Freiheitsindex Deutschland 2016“ zum Schwerpunkt „westlicher Lebensstil“ vorgestellt. Medienanalysen zufolge dominieren ein grün-gesundheitsbewusster Lebensstil und ein Trend zu bürgerlichen Tugenden. Ein Tabakverbot wurde nicht dezidiert abgefragt. Doch für 62% der Befragten ist das Rauchen „out“ – eines der höchsten Werte überhaupt. Bürger sprechen sich wieder etwas mehr für Verbote aus. 45% sind für ein Verbot von sog. „weichen Drogen“ sind, aber nur 16% für ein Verbot von hochprozentigem Alkohol.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie gibt Hinweise auf Gesellschaftstrends, die auch Wirkung auf die Politik haben. Der Harm Reduction-Ansatz lässt sich in den gesundheitsbewussten Lebensstil einfügen. Dies kann in der Kommunikation ggü. Stakeholdern stärker betont werden. Sie erhalten dadurch die Gewissheit, dass der Einsatz für die E-Zigarette dem Trend folgt. Dafür ist jedoch die E-Zigarette noch klarer von Tabak abzugrenzen. Empfehlung: Kooperationen mit Instituten bieten neue Kommunikationskanäle. Langfristig kann dies auch eine Option sein, um Botschaften rund um die E-Zigarette zu platzieren. Die Studie bietet auch einen Anlass für einen Post im BfTG-Blog oder bei „VapersGuru“.

Quelle: mill-institut.de (Paper) , sueddeutsche.de , fr-online.de , stuttgarter-zeitung.de

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: September

Meldung: Die WHO-Regionalkomitee für Europa hat einen neuen Aktionsplan gegen nicht-übertragbare Krankheiten verabschiedet. Dazu gehört auch die Reduzierung des Tabakkonsums, wobei die E-Zigarette nicht namentlich behandelt wird. Die WHO stellt fest: „Manche der auf der globalen Ebene aufgestellten Ziele (z. B. Tabakkonsum) drohen in der Region verfehlt zu werden [...]“ (S.7). Das Paper bezeichnet im Abschnitt „Politiksteuerung“ die Wirtschaft als „hinderlich“ bei der Bekämpfung des Tabakkonsums (S. 10). Die WHO plädiert für Werbeverbote und Steuererhöhungen (S. 14f.). Tabakrauch wird zudem im Abschnitt zur Luftreinhaltung thematisiert, samt der Forderung nach mehr Nichtraucherenschutz (S. 20f., 32).

Ein Bericht zur E-Zigarette für die anstehende FCTC-Mitgliederversammlung weist auf das geringere Risiko im Vergleich zu Tabak hin, jedoch sei mit langfristigen Gesundheitsschäden zu rechnen (S. 3). Der Bericht weist auf die Möglichkeit von Gesundheitsgefährdungen durch „Passivdampfen“ hin, betont aber die dünne Studienlage (S. 3f.). Das Paper äußert sich abwägend zu Gateway-Effekt und der Rolle der E-Zigarette beim Tabakstopp (S. 4). Der Eintritt der Tabakindustrie in den E-Zigarettenmarkt wird als Risiko für die Tabakkontrolle bewertet (S. 5). Der Bericht beinhaltet Handlungsratschläge: Es wird eine Besteuerung von E-Zigaretten empfohlen, so dass sie günstiger als Tabak aber zu teuer für Jugendliche sind. Konsumverbote und Warnhinweise gehören auch zu den Empfehlungen (S. 6f.).

Einordnung/Empfehlung: WHO/FCTC ist ein Treiber der Tabakregulierung. Der abwägende Bericht ist kein Indiz für eine Abkehr von der bisher eher skeptischen Grundhaltung. Die Versammlung im November kann neue Impulse für Europa setzen (s.u.). Da die Nachfolge für WHO-Chefin Margaret Chan ansteht und die WHO Vertrauen zurückgewinnen muss, kann die Organisation versuchen, dies mit Anstößen zur Nikotinregulierung anzugehen.

Prof. emer. Deepak Lal, UCLA, und Julian Morris, Vize-Präsident der Reason Foundation, kritisieren in einer Studie FCTC. Die Organisation setze sich für übergebührend strikte E-Zigarettenregulierungen ein und stelle sich damit gegen die Tabakalternative. Deepak Lal ist in der Vergangenheit von BAT engagiert worden, was zumindest in den Reihen der Skeptiker kritisch gesehen werden dürfte und sich auf die Bewertung der Studie niederschlagen wird.

Es wird empfohlen, die Entwicklungen in FCTC und WHO weiter zu verfolgen und im Bedarfsfall aktiv zu werden.

Quelle: euro.who.int , euro.who.int (Aktionsplan) , reason.org , who.int

Datum: September

Meldung: Die „Nichtraucherinitiative Deutschland“ (NID) stellt in ihrem neuen Bericht den Nichtraucherschutz in Japan als Positivbeispiel vor (Konsumverbote, Raucherkabinen). Sie hat zudem dem BMEL Antitabak-TV-Spots nach türkischem Vorbild vorgeschlagen. Die Idee wurde intern weitergereicht. NID berichtet relativ ausgeglichen über E-Zigaretten-Studien.

Ähnlich der „Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit“ (ÄARG). Er berichtet zudem über PMI's iQOS und schließt: „Wie hoch dieses ‚Restrisiko‘ ist, weiß bisher niemand zu sagen. Mit Sicherheit ist es höher als das Gesundheitsrisiko, das von E-Zigaretten bei bestimmungsgemäßem Gebrauch und Nutzung zugelassener tabakfreier Liquids ausgeht.“ (S. 3).

Einordnung/Empfehlung: Die Beispiele zeigen, Tabakgegner sind nicht per se gegen die E-Zigaretten. Jedoch besteht eine latente Skepsis, die durch kritische Studien genährt wird. Zudem erhöhen die Forderungen nach Regulierungen und Nichtraucherschutz – wie sie [erneut](#) in [UK](#) laut werden – das Risiko der Einbeziehung der E-Zigarette in die Nichtraucherschutzgesetze. Daher wird die weitere Beobachtung der NGOs und die Berücksichtigung ihrer Argumente/Äußerungen in den eigenen Papern empfohlen.

Quelle: nichtraucherschutz.de , aerztlicher-arbeitskreis.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 05.10.2016, 23.09.2016, 22.09.2016

Meldung: PMI hat in der Region Bologna eine Fabrik zur Herstellung von iQOS und eines zweiten, nicht weiter benannten risikoreduzierten Produkts eröffnet. Die Investition in Italien beläuft sich auf 500 Mio. €. Die Produktionskapazität beträgt 30 Mrd. HeatSticks. Nach Eigenangaben kann PMI die Produktion 2018 auf 50 Mrd. HeatSticks ausweiten (Vergleich, [Produktion der Tabakbranche in Deutschland 2015](#): 185,7 Mrd. Zigaretten). PMI plant bis 2020 Einnahmen mit risikoreduzierten Produkten von 1,2 Mrd. US\$. Bis Jahresende soll iQOS in 20 Ländern vertrieben werden, Ende 2017 in 35. Rasches Wachstum: iQOS ist in der Schweiz bereits an 400 Verkaufsstellen erhältlich. PMI führt für die sog. HeatSticks den Markennamen „HEET from Marlboro“ ein.

Laut der Schweizer Handelszeitung [plant BAT ein Medikament gegen Nikotinsucht](#) herauszugeben. Beverly Spencer, Chefin von BAT in der Schweiz, rechnet bei der E-Zigarette mit einem Marktwachstum von 30% pro Jahr. Der Konzern investierte in den letzten 3 Jahren mehr als eine halbe Mrd. £ in die Entwicklung. Das Gesamtmarktpotenzial läge im „einstelligen Milliardenbereich“. BAT's Marktanteil beträgt nach eigenen Angaben 8%.

Imperial (Reemtsma) restrukturiert derweil seine Arbeitsorganisation und fasst die DACH-region zu einer Arbeitseinheit zusammen. Während JTI den japanweiten Vertrieb seiner Heated Tobacco-Produkte der Marke „Ploom Tech“ für 2017 ankündigte. Dort steht JTI im scharfen Wettbewerb mit PMI.

Einordnung/Empfehlung: PMI baut iQOS zur Alternative zur E-Zigarette aus und nutzt dafür den Namen der bekanntesten Marke: Marlboro. In [Neuseeland](#) engagieren sich vereinzelt E-Zigaretten-Händler gegen Heated Tobacco. Mit Blick auf die erheblichen Investitionen und geplanten Produktionsvolumina wird PMI das Produkt Lobbying effektiv absichern – auch zulasten der E-Zigarette. Lobby-Optionen für PMI: Steuern, Werbeverbote (positiv für PMI, da Erhalt des Status Quo), ggf. Nichtraucherschutz. Bedarf an Alternativen: Tabak gerät gerade durch eine [Sammelklage in den Niederlanden](#) in die Schlagzeilen.

Im Januar 2016 erhielt BAT die [Zulassung für eine E-Zigarette](#) als Nikotin-Therapie. Ob es sich damit um das von der Handelszeitung erwähnte Arzneimittel handelt ist unklar. [BAT](#) stuft das Risiko von Heated Tobacco zwischen Tabak und E-Zigarette ein.

Auffallend ist, dass weder die Konzerne noch die Medien Imperial als starken Wettbewerber wahrnehmen. Imperial erscheint als Übernahmekandidat. Imperial kann versuchen, mit einem verschärften Wettbewerb seine Situation zu verbessern. Die Imperial-Tochter Fontem trat bereits in der Vergangenheit robust auf dem Markt auf (Patentklagen).

Es wird die Ausarbeitung einer Position und Strategie ggü. Heated Tobacco empfohlen. Ferner wird ein Hintergrundpapier erforderlich werden, welches den Unterschied und Vorteile der E-Zigarette zu Heated Tobacco beschreibt. Die Abwesenheit von Kritiken seitens der NGOs fällt auf, daher wird die kritische Thematisierung von Heated Tobacco von neutralen Experten als gangbarer Weg empfohlen. PMI wählt diesen Weg im Bedarfsfall. Hinweis: In

Quelle: [pmi.com](#) , [bloomberg.com](#) , [handelszeitung.ch](#) , [finanzen.net](#) , [cash.at](#) , [reuters.com](#) , [presseportal.ch](#)

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
09.- 11.10.2016	World Health Summit	M8 Alliance	Berlin	worldhealthsummit.org
10.- 12.10.2016	DHS Fachkonferenz „Sucht“ (mit Vortrag DKFZ zur E-Zigarette)	DHS	Erfurt	dhs.de
13.10.2016	Forum Mittelstand	KfW, BDI	Berlin	politik-kommunikation.de
14.10.2016	Plenumssitzung (keine Befassung mit Tabak oder E-Zigarette, Stand 03.10.)	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
14.- 16.10.2016	Deutschlandtag (PMI, BAT, JTI sponsern)	Junge Union	Paderborn	16.deutschlandtag.de
15.10.2016	Bayerischer Mittelstandstag	CSU Mittelstands-Union	Erlangen	csu.de
27.10.2016	Gesprächsrunde zur „Negativliste“ Zusatzstoffe in Tabak und E-Zigaretten	BMEL	Berlin	schriftl. Einladung; BfTG angemeldet
04./05.11.2016	CSU-Parteitag	CSU	München	csu.de

Monitoringreport Nr. 31 (Kalenderwochen 39 und 40)

07.- 12.11.2016	FCTC- Mitgliederversamm- lung	FCTC	Neu-Delhi	who.int
19.11.2016	Deutschlandpremiere „A Billion Lives“	Aaron Bie- bert (Regie)	Berlin	abillionlives.com
30.11.- 01.12.2016	14. Deutsche Konfe- renz für Tabakkontrolle (auch zu E-Zigarette)	DKFZ, ABNR	Heidel- berg	dkfz.de
05.- 07.12.2016	CDU-Bundesparteitag	CDU	Essen	Wir empfehlen, über die Präsenz vor Ort mit einem kleinen Stand nachzudenken.

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.